

*Das Schreiben an die EU-Kommission in voller Länge:*

## **Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2027**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

als Ministerpräsidentin und Ministerpräsidenten der ostdeutschen Flächenländer gratulieren wir Ihnen zur erfolgreichen Bestätigung Ihrer Kommission am 27. November 2024 durch das Europäische Parlament. Mit Zuversicht sehen wir nun einer Fortsetzung unseres bisherigen Dialogs zur Entwicklung gemeinsamer europäischer Leitlinien für eine sowohl wirtschaftsorientierte als auch sozialverträgliche Politik unter Wahrung von Klima- und Umweltschutzziele, die Europa im Wettbewerb stärkt, entgegen.

Einen zunehmenden Beitrag zur Erreichung der Ziele der europäischen Wachstumsstrategie für ein sauberes und gesünderes Europa, dem "Green Deal", wird dabei der ländliche Raum leisten müssen. Sei es durch die nachhaltige Erzeugung von Nahrungsmitteln oder erneuerbaren Energien, die Wiedervernässung von Mooren, die Pflanzung von klimaresilienten Wäldern, eine flächengebundene Tierhaltung oder den Schutz des Grundwassers - diese und weitere Maßnahmen werden zu großen Teilen im ländlichen Raum erfolgen und die dort lebenden und arbeitenden Menschen vor große Herausforderungen stellen. Es gilt daher verstärkt, Bedarfe und Potentiale für starke und resiliente ländliche Räume und ihre Verankerung in die Ausgestaltung der EU-Politiken aufzunehmen. Nur dann können die ländlichen Räume auch die Realisierung europäischer Ziele voranbringen.

Der Landwirtschaft und der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) kommen dabei eine Schlüsselfunktion zu. Die Landwirtschaft in Europa ist die Grundlage für die Sicherstellung der Ernährung zu bezahlbaren Preisen bei gleichzeitig flächendeckender Bereitstellung von Dienstleistungen für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen im ländlichen Raum. Sie fungiert darüber hinaus vielfach als Anker für die dort lebenden Menschen.

Aus diesem Grunde sind wir alarmiert über die wirtschaftliche Lage in vielen landwirtschaftlichen Betrieben. Zu Beginn des Jahres 2024 sind Landwirte europaweit auf die Straße gegangen. Damit ist auch im Jahr 2025 zu rechnen. Die Landwirte brauchen Gewissheit, dass auch die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz ein zentrales Element der GAP bleibt. Dazu muss die erste Säule als einkommensstützendes Element erhalten werden. Zudem darf es aus unserer Sicht nicht vorrangig um eine Verteilung der Gelder nach Bedürftigkeit mit Blick auf kleine Betriebe gehen – wie im strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft zu vernehmen war. Mit den Zahlungen aus der GAP werden hohe EU-Produktionsstandards, die Risikoabsicherung gegenüber Volatilitäten sowie gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft honoriert. Die Größe der Agrarbetriebe ist für diese Unterstützung nicht entscheidend, jeder ordnungsgemäß bewirtschaftete Hektar muss weiter gleichwertig Berücksichtigung finden – dies ist mit Blick auf die Betriebsgrößen und die Agrarstruktur insbesondere für die ostdeutschen Länder von besonderer Bedeutung.

Die aktuelle Situation der Agrarbranche zeigt, dass das derzeitige Modell der GAP auf den Prüfstand gestellt werden muss. Für die nächste Förderperiode ab 2028 muss eine transparente, einfache, nachhaltige und zukunftsfest ausgerichtete europäische Agrarpolitik angestrebt werden. Nicht nur die Landwirtschaft kommt mit dem aktuellen Umsetzungsmodell an ihre Grenzen, auch die Verwaltung ist an die Belastungsgrenzen in der Umsetzung gestoßen. Es muss eine drastische Vereinfachung des neuen Umsetzungsmodells herbeigeführt werden. Die Säulenstruktur der GAP bleibt ein geeignetes Modell und muss in der jeweiligen Zielstellung stringent getrennt werden. Der dreistufige Aufbau aus Konditionalität, Öko-Regelungen der ersten Säule sowie Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen der zweiten Säule hat zu einem überproportionalen Anstieg der Komplexität der Agrarförderung geführt. Die Öko-Regelungen der ersten Säule sind in ihrem Wesen nach Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, die inhaltlich und auch aus Sicht der Administration in

die zweite Säule gehören. In ihr lassen sich alle ökologischen Ziele zusammen viel nachhaltiger, zielgenauer und zudem regionsangepasst erreichen. Die Öko-Regelungen als in der ersten Säule umzusetzende Maßnahmen müssen wegfallen. Die Agrarministerinnen und Agrarminister der ostdeutschen Flächenländer haben sich jüngst in einem Positionspapier ausführlich zur Ausgestaltung der zukünftigen GAP in der EU geäußert und dieses an Agrarkommissar Christophe Hansen gesandt. Wir bekräftigen mit unserem Schreiben an Sie diese Positionierung ausdrücklich.

Um die Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes zu erhalten, reicht es jedoch nicht, sich ausschließlich auf die Zukunftsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu konzentrieren. Bestehenden Herausforderungen, wie dünne Besiedlung, demografische Entwicklung und wirtschaftliche Strukturschwäche, muss ebenso begegnet werden. Für das Gelingen der notwendigen Transformationsprozesse ist die Stärkung der ländlichen Räume in allen Dimensionen eine zentrale Voraussetzung. Die Diskussion für eine wirkungsvolle und an den Bedarfen orientierte Förderpolitik zur Stärkung ländlicher Räume muss daher politikfeldübergreifend geführt werden.

Deshalb appellieren wir an Sie, sich auch bei den Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens nach 2027 für einen europaweit einheitlichen Mechanismus, wie den derzeitigen ELER, einzusetzen. Für die stärkere Unterstützung der Entwicklungsbedarfe in den ländlichen Räumen, vor allem durch Investitionen in Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen und eine starke diversifizierte Wirtschaft, bedarf es auch zukünftig eines breiten Instrumentariums, welches mit dem dafür entsprechenden Budget auskömmlich ausgestattet ist. Dafür ist es wesentlich, die Diskussionen über die zukünftige Ausgestaltung und Finanzierung der zwei wichtigsten Politikfelder der EU – GAP und Kohäsionspolitik – im Hinblick auf die Verantwortung für die ländlichen Räume gemeinsam zu führen. Es ist ein zentrales Anliegen, dass das Subsidiaritätsprinzip, wie es insbesondere mit LEADER realisiert wird, bei der Ausgestaltung Beachtung findet.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

jüngste Äußerungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2028 widersprechen aus Sicht der deutschen Länder den Grundprinzipien der Kohäsionspolitik und konterkarieren deren Ziele. Die Programmierung und Verwaltung der EU-Mittel muss auch weiterhin auf regionaler Ebene erfolgen, da die jeweiligen Bedarfe regional entstehen und ortsbezogen adressiert werden. Das langjährig erprobte System der partnerschaftlich organisierten Kohäsionspolitik und geteilten Mittelverwaltung hat sich bewährt und muss beibehalten werden. National verwaltete Instrumente sind den Nachweis einer größeren Wirksamkeit, Nachhaltigkeit und Effizienz bislang schuldig geblieben. Die ostdeutschen Flächenländer fordern deshalb die Europäische Kommission auf, einer wie auch immer gearteten Zentralisierung und Nationalisierung der Kohäsionspolitik entschieden entgegenzuwirken. Ergänzend verweisen wir auf die jüngste ausführliche Stellungnahme des Bundes und der Länder zur Kohäsionspolitik der EU nach 2027, mit der die Bedeutung und Weiterentwicklung der Europäischen Kohäsionspolitik als ein zentrales Instrument für langfristiges, nachhaltiges und inklusives Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Transformation und Resilienz in den europäischen Regionen hervorgehoben wird.

Sollten Überlegungen einer Nationalisierung der beiden zentralen europäischen Politikfelder weiterverfolgt werden, befürchten wir, dass sich die Disparitäten in und zwischen den Mitgliedsstaaten weiter verschärfen. Die Landwirtschaft, der ländliche Raum und der europäische Zusammenhalt können dabei nur verlieren. Wir sind überzeugt, dass sich Vereinfachung, Effektivierung und Bürokratieabbau auch im bestehenden System der geteilten Mittelverwaltung realisieren lassen, ohne die Stärkung des ländlichen Raums, die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und den Schutz unserer natürlichen Ressourcen aus den Augen zu verlieren.

Lassen Sie uns im Gespräch bleiben, um die anstehenden europapolitischen Herausforderungen gemäß ihrer regionalen Handlungsbedarfe gemeinsam erfolgreich meistern zu können.